



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Herrn  
Andreas Bleck, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 09. September 2020

BETREFF **Schriftliche Fragen Monat September 2020**

HIER Arbeitsnummern 9/8, 9/9, 9/10, 9/11

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich  
Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung



Stephan Mayer

Schriftliche Fragen des Abgeordneten Andreas Bleck  
vom 1. September 2020  
(Monat September 2020, Arbeits-Nr. 9/8, 9/9, 9/10, 9/11)

---

### Fragen

- 1. Wie viele Angehörige der Bundespolizei waren anlässlich der Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise am 29. August 2020 in Berlin im Einsatz?*
- 2. An welchen Abschnitten der Demonstrationen wurden die Angehörigen der Bundespolizei eingesetzt (bitte genaue Orte eingeben)?*
- 3. Welche Einsatzmittel wurden von den Angehörigen der Bundespolizei im originären Zuständigkeitsbereich oder unter Führung des Landes Berlin gegen Demonstrationen eingesetzt?*
- 4. Wird auch gegen Angehörige der Bundespolizei wegen Körperverletzung im Amt ermittelt? (<http://www.tagesschau.de/inland/Corona-demos-polizei-gewalt-anzeige-101.html>)?*

### Antworten

#### Zu 1.

Am 29. August 2020 setzte die Bundespolizei im eigenen Zuständigkeitsbereich in Berlin insgesamt 844 Einsatzkräfte ein. Zusätzlich unterstützte die Bundespolizei die Polizei des Landes Berlin auf deren Anforderung mit 180 Einsatzkräften.

#### Zu 2.

Im Sinne der Fragestellung setzte die Bundespolizei ihre Einsatzkräfte im Stadtgebiet Berlin an den Bahnhöfen und S-Bahnhöfen mit den Schwerpunkten Hauptbahnhof, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Brandenburger Tor, Tiergarten und Bellevue sowie an ihren Schutzobjekten (Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz) ein.

Im Übrigen fällt die Beantwortung der Frage in die Zuständigkeit der Polizei des Landes Berlin und obliegt insoweit der dortigen Landesregierung.

Zu 3.

In Ihrem originären Zuständigkeitsbereich setzte die Bundespolizei keine Einsatzmittel im Sinne der Fragestellung gegen Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer ein.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Zu 4.

Der Bundesregierung liegen im Sinne der Fragestellung keine Erkenntnisse vor. Aussagen in Bezug auf laufende Ermittlungsverfahren obliegen der zuständigen Landesjustizverwaltung Berlin.